

3

Kap. 5 + 6 des Referats

Kurz & knapp

Worum es geht

In diesen "Notizen" geht es vor allem um Probleme der Machtausübung der Arbeiterklasse beim Aufbau und bei der Gestaltung des Sozialismus. (Kapitel 5 und 6 des Referates) Wir wollen euch dafür weitere Informationen, zusätzlichen Lesestoff und Anregungen für die Diskussion geben.

Ein Blick zurück...

Bisher wurde deutlich gemacht, dass es politisch schädlich ist, weit entfernte Ziele wie die klassenlose Gesellschaft auf eine Weise zu propagieren, als seien sie schon in allernächster Zukunft erreichbar. Unser Programm wird dadurch unglaubwürdig. Die Kommunisten mussten erkennen, dass der Sozialismus keine kurze Übergangsperiode zum Kommunismus ist. Die Merkmale und Möglichkeiten der sozialistischen Gesellschaft, die Perspektiven, die sie eröffnet, die Kräfte, die sie freisetzt ergeben sich aus den Folgen der Beseitigung des Privateigentums. Sie entfalten und verdichten sich auf der Grundlage einer schnelleren Entwicklung der Produktivkräfte, einer höheren gesamtgesellschaftlichen Arbeitsproduktivität und einer höheren Arbeitsorganisation, was letztlich zur Abschaffung der Klassen führt. Das ist nicht mit einem Schlage möglich, sondern erfordert entsprechende Bedingungen und Zeit, in der sich die Menschen wie die Umstände ändern, das Alte und das Neue gegeneinander kämpfen. Daran anknüpfend wurden Grundfragen der Dialektik von Ökonomie und Politik beim Übergang zum Sozialismus und bei seinem Aufbau behandelt. Dazu bedurfte es der Klärung einiger Grundbegriffe des dialektischen und historischen Materialismus.

Verhältnis zum Eigentum ist Nagelprobe

Das Verhältnis zum Eigentum ist die Nagelprobe auf das Gelingen oder Misslingen des sozialistischen Aufbaus. Kapitel 5 des Referates widmet sich diesem Thema. Am Beispiel der DDR wird insbesondere das genossenschaftliche Eigentum als eine Form des sozialistischen Eigentums behandelt, das deshalb so wichtig ist, weil der Sozialismus in Stadt und Land eine einheitliche sozialökonomische Basis benötigt.

→ Wie war das in der DDR?

Die Wirtschaft der DDR beruhte auf zwei Säulen: Dem Volkseigentum, das führend war und dem Genossenschaftseigentum. In der volkseigenen Wirtschaft wurden ca. 80 % des gesellschaftlichen Produktes erzeugt. Der sozialistische Staat bestimmte über das Volkseigentum. Die Eigentumsrechte wurden allein durch ihn ausgeübt (DDR-Verfassung¹, Art. 15). Das Volkseigentum war die ökonomische Quelle des Reichtums und der Macht der sozialistischen Gesellschaft, die Voraussetzung der Beseitigung der Elementarherrschaft des Marktes, die Grundlage gesamtgesellschaftlicher Planung und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das genossenschaftliche Eigentum bestand in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Dienstleistungssektor. Es entstand in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, die in der DDR in den Jahren 1958 - 1961 abgeschlossen wurde. Vorausgegangen war die Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, als deren Bestandteil 1945 die demokratische Bodenreform begann. Das Junkertum als Klasse wurde beseitigt. Die werktätigen Bauern (Klein- und Mittelbauern) wurden an der Seite der Arbeiterklasse zahlenmäßig und ökonomisch die stärkste Kraft auf dem Lande. Ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehörte zu großbäuerlichen und anderen kapitalistischen Betrieben. Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft mit den Bauern ("sozialistischer Frühling") vollzog sich von 1952 bis 1960. In dieser Zeit

¹ Alle Angaben zu Verfassungsartikeln beruhen auf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974 In: Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.), Verfassungen deutscher Länder und Staaten, Von 1816 bis zur Gegenwart, Staatsverlag Berlin 1989, S. 519ff.

schlossen sich alle werktätigen Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammen. Das war harter Klassenkampf und ein überaus konfliktgeladener Prozess, in dem viele wertvolle Erfahrungen gesammelt wurden.

In der Übergangsperiode existierten drei Eigentumsformen an Produktionsmitteln, denen drei Wirtschaftsformen entsprachen: Sozialistisches Eigentum, auf eigener Arbeit beruhendes Privateigentum an Produktionsmitteln, kapitalistisches Eigentum. Weiterhin gab es das persönliche Eigentum. Nach Abschluss der Übergangsperiode existierten in der DDR 1.) das sozialistische Eigentum als gesamtgesellschaftliches Volkseigentum (Staatseigentum), als genossenschaftliches Eigentum, als Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger (DDR-Verfassung, Art. 10 Abs. 1) 2.) das persönliche Eigentum (DDR-Verfassung, Art. 11) 3.) das individuelle Eigentum an Produktionsmitteln, das auf eigener Arbeit beruhte (Handwerker, Einzelhändler, Gastwirte, andere private Gewerbetreibende, persönliche Hauswirtschaft)- (DDR-Verfassung, Art. 14).

→ Warum genossenschaftliches Eigentum? Warum nicht nur gesamtgesellschaftliches Volkseigentum?

Die Existenz des genossenschaftlichen Eigentums als Form des sozialistischen Eigentums, die am Beispiel der Landwirtschaft behandelt wird, hatte historische Gründe: "Kleinbauern und Landarbeiter mussten beim antifaschistisch-demokratischen Aufbau als Bündnispartner gewonnen werden."² Die Arbeiterklasse findet nach der Machteroberung verschiedene Formen des Privateigentums vor: das kapitalistische Großeigentum und das private Kleineigentum, das auf persönlicher Arbeit beruht. Die Übertragung der Produktionsmittel an die Produzenten als Gemeinbesitz, wie Friedrich Engels die Aufgabe des Sozialismus bestimmte, führt im Falle der letztgenannten Form des Privateigentums über den Weg der Verwandlung in genossenschaftlichen

Wichtig zu wissen:

Was ist Eigentum

Im ökonomischen Sinn eine historische entstandene Form der Aneignung der materiellen Güter, die "die Verhältnisse der Individuen zueinander in Beziehung auf das Material, Instrument und Produkt der Arbeit" charakterisiert. (MEW, Bd. 3, S. 22.)

Das Eigentum bildet den Kern der Produktionsverhältnisse und stellt eine Bedingung jeder Produktion dar. Seine konkrete Form wird durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte bestimmt. Demgemäß sind die Eigentumsverhältnisse stets an Dinge gebunden. Aus den Unterschieden im Eigentum an den Produktionsmitteln ergeben sich die Eigentumsformen. Bei Marx heißt es, "...dass es nur zwei Formen gibt, in denen" den Produzenten "die Produktionsmittel gehören können: 1. die individuelle Form, die niemals allgemeine Erscheinung war und durch den industriellen Fortschritt mehr und mehr überwunden wird; 2. die kollektive Form, deren materielle und geistige Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst geschaffen werden..." (MEW, Bd. 19, S. 238)

Besitz und Betrieb. Warum ist das so? Weil nur auf diesem Weg vor allem den Kleinbauern als kleinen Warenproduzenten begrifflich gemacht werden kann, dass der Sozialismus ihr einziges Rettungsmittel ist, ohne sie als Bündnispartner zu verlieren und gegen den Sozialismus aufzubringen. Dazu Engels: Wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, können wir nicht daran denken, "die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei, ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck."³

² P. Köbele, Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution, Dokumente DKP, S. 10.

³ MEW, Bd. 22, S. 499.

Subjekte des genossenschaftlichen Eigentums sind die Genossenschaften. Die Rechte aus dem Eigentum stehen der jeweiligen Genossenschaft allein und unmittelbar zu. Auch in der Genossenschaft blieben die Bauern Eigentümer des von ihnen zur kollektiven Nutzung eingebrachten Bodens. Sie konnten ihn aber nur an den Staat oder in der LPG veräußern. (LPG Gesetz, §7⁴) Im Referat heißt es: "Sie waren also Besitzer von Produktionsmitteln bei Verzicht auf die individuelle Verfügungsgewalt."⁵ (DDR -Verfassung, Art. 13)

- Was folgte aus diesem gemeinsamen Verhältnis gemeinsam produzierender Genossenschaftsmitglieder eines ganzen Landes, in dem die volkseigene Wirtschaft bestimmend ist, zu den Produktionsmitteln?

Es bildete sich eine Klasse der Genossenschaftsbauern, die sich von der Arbeiterklasse unterschied und vorwiegend eine Klasse von Agrarproduzenten und Dorfbewohnern war. Sie entstand in der DDR als die Grund-

Dokumentiert

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, Artikel 16:

"Enteignungen sind nur für gemeinnützige Zwecke auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung zulässig. Sie dürfen nur erfolgen, wenn auf andere Weise der angestrebte gemeinnützige Zweck nicht erreicht werden kann."

lagen des Sozialismus geschaffen wurden. 1960 waren von den 900.000 Mitgliedern der LPG 65,9 % ehemalige Klein- und Mittelbauern und 16,7 % ehemalige Landarbeiter. Lenins Klassendefinition trifft zu: "Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (...) Verhältnis zu den Produktionsmitteln."⁶ Diese kurze Definition gab Lenin in seiner im Juli 1919 anlässlich der "kommunistischen Subbotniks" veröffentlichten Broschüre "Die große Initiative". Um dort die Frage zu beantworten, was die Aufhebung der Klassen als Endziel bedeutet, musste Lenin zunächst definieren was eine soziale Klasse ist. Halten wir fest: Das sozialistische genossenschaftliche Eigentum war die ökonomische Grundlage für das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern sowie auch Ergebnis dieses Bündnisses. Es wurde, darauf weist Patrik ausdrücklich hin, völlig zu Recht als eine Form des sozialistischen Eigentums bezeichnet.

- Was aber überhaupt ist sozialistisches Eigentum und worin besteht der sozialistische Charakter des genossenschaftlichen Eigentums?

Das sozialistische Eigentum ist Gemeineigentum. Es verkörpert gesellschaftliche Verhältnisse zwischen den Menschen in Bezug auf die gegenständlichen Bedingungen ihres Lebensprozesses und ist somit die zentrale Kategorie der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Seinem sozialen Inhalt nach beruht es auf der gemeinschaftlichen Arbeit der Eigentümer. Die Produzenten sind Eigentümer der Produktionsmittel und die Eigentümer der Produktionsmittel sind Produzenten. Die Verankerung dieser gesellschaftlichen Identität von Produzent und Eigentümer im Bewusstsein der Produzenten (Eigentümergebundenheit), die Berücksichtigung der daraus resultierenden demokratischen Bedürfnisse der Produzenten, sich aktiv einzubringen in die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft ist zu keiner Zeit ein widerspruchsfreier Prozess gewesen und schon gar nicht kurzfristig zu erreichen. Gerade die Ereignisse der konterrevolutionären Beseitigung des Sozialismus in der DDR beweisen das. Das genossenschaftliche Eigentum ist Gemeineigentum, das sich vom Volkseigentum (Staatseigentum) durch die kollektive Form der Vergesellschaftung der Produktionsmittel unter-

4 Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 3. Juni 1959 geändert durch Gesetz vom 19. Juni 1975 (GBl. I S. 517) § 12 Ziff. 4. aufgehoben durch Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG-Gesetz) vom 2. Juli 1982 (GBl. I S. 443) , <http://www.verfassungen.de/ddr/lpggesetz59.htm> (letzter Aufruf am 13.10.2021).

5 P. Köbele, Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution, Dokumente DKP, S. 10.

6 LW, Bd. 29, S. 410.

scheidet. Wie dieses bestimmt auch das Genossenschaftseigentum den sozialistischen Charakter der Produktionsverhältnisse. Die Genossenschaften wirtschafteten planmäßig, das genossenschaftliche Einkommen wurde nach der Arbeitsleistung verteilt, das genossenschaftliche Eigentum durfte nicht in persönliches Eigentum überführt werden. Somit ist es vom gleichen Typ wie das Volkseigentum. Allerdings besitzt die Genossenschaft ihr Vermögen nicht nur, sondern verfügt selbst darüber als Eigentümer, ohne dass der Staat Zugriff hat.

- Zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln im Sozialismus, die auch in der Verfassung der VR China unterschieden werden (Art.6)⁷. Wie werden sie sich entwickeln? Was wird aus ihnen im Kommunismus?

Dazu muss man nicht spekulieren. "Die Klassen abzuschaffen bedeutet, alle Bürger in ein gleiches Verhältnis zu den Produktionsmitteln der gesamten Gesellschaft zu bringen...."⁸ Das folgt aus den Existenzbedingungen der Klassen, ihrem wichtigsten Merkmal: der Stellung zum Eigentum. Daraus ergibt sich: Auch das Genossenschaftseigentum muss auf dem historisch langen Weg zum Kommunismus überwunden werden. Im Referat wird das dadurch untersetzt, dass für die Genossenschaft als Ganzes im Sozialismus die Ware -Geld -Beziehung fortbesteht und außerdem die genossenschaftliche Eigentumsform nicht mit dem Verlust des privaten Eigentums am eingebrachten Boden verbunden ist. Und wie verhält es sich mit dem Volkseigentum? Dessen staatliche Form muss auf dem Weg zum Kommunismus ebenfalls überwunden werden. Es existieren dann weder Klassen noch der Staat, das "Grundprinzip" der Gesellschaft ist "die freie Entwicklung eines jeden Individuums"⁹.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Versuch, kurzfristig die Alleinexistenz sozialistischer Eigentumsverhältnisse durchzusetzen, wie er im April 1972 mit der Verstaatlichung der privaten bzw. privat geführten Betriebe, mehr als 5.000, die 14,3 % der Arbeitskräfte in der Industrie beschäftigten, sowie der 1.600 industriell produzierenden PGH in der DDR unternommen wurde, mit einem Misserfolg in der Versorgung endete.

Die Eigentümerfunktion der Klasse der Genossenschaftsbauern geriet nicht in Konflikt mit der fehlenden direkten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, was für diese Eigentumsform spricht. Es ist nachgewiesen, dass die Genossenschaftsbauern nach der Annexion der DDR nicht den Genossenschaftsgedanken aufgaben, sondern überwiegend an ihm festhielten. Sie bildeten - nun nach bürgerlichem Recht - landwirtschaftliche Genossenschaften und Betriebe in GmbH-Form. Da in der DDR keine Enteignung des bäuerlichen Grundeigentums stattfand, konnten die LPG-Mitglieder frei über ihren Boden verfügen.

7 Auszug aus der Verfassung der Volksrepublik China in der Fassung vom 14. März 2004 In: E. Lieberam, L. Poppe, R. Wötzel, Ulbrichts Reformen, Das Neue Ökonomische System - eine verpasste Chance der DDR?, Verlag am park, Berlin 2015, S. 286.

8 LW, Bd. 20, S. 139.

9 MEW, Bd. 26, S. 618.

Im Kapitel 6 des Referates werden Probleme des Klassenkampfes und der Klassenmachtverhältnisse beim Aufbau des Sozialismus behandelt. Was soziale Klassen sind wurde schon an Hand von Lenins Definition in seiner kleinen Schrift "Die große Initiative" im Wesentlichen erörtert. Wir hatten festgehalten: Das grundlegende Unterscheidungsmerkmal der Klassen ist das Verhältnis zum Eigentum an den Produktionsmitteln.

Wichtig zu wissen:

Was sind Klassen ?

"Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden:

- (1.) nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion,
- (2.) nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln,
- (3.) nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich
- (4.) nach der Art der Erlangung und
- (5.) der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.

Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft."

LW, Bd. 29, S. 410 (Lenins Definition besitzt, obwohl sie aus der Analyse der Ausbeutergesellschaft gewonnen wurde, auch für die Untersuchung der Klassenstruktur des Sozialismus wesentliche Bedeutung.)

Es ist uns schwer zu erkennen, dass sich daraus Klassenkampf ergibt. Ebenso, dass Auswege aus den Widersprüchen der Klassengesellschaft nur durch den Klassenkampf selbst zu finden sind. Heute, da der Arbeiterklasse in ihrer Mehrzahl das Bewusstsein fehlt, eine soziale Klasse zu sein, meinen manche Menschen allerdings, dass man die Wahl habe, am Klassenkampf teilzunehmen. Sie meinen, wenn man nicht kämpfe, habe man sich dem Klassenkampf entzogen. Der Imperialismus fragt aber nicht danach, ob er den Klassenkampf gegen die Werktätigen führen soll oder nicht, "ob als Objekt, Trottler, Leiche - oder als Subjekt, Kämpfer, Sieger. Die Werktätigen führen also den Klassenkampf nicht deshalb, weil sie so blutrünstig sind. Sie haben ihn nicht erfunden und wollen ihn nicht verewigen. Sie führen ihn zur Selbsterhaltung und wissen dabei: je lascher sie ihn führen, desto länger zieht er sich hin und desto größer sind die Opfer. Je entschlossener sie ihn führen, desto schneller überwinden sie ihn durch ihren Sieg."¹⁰

→ Was aber heißt Klassenkampf? Das ist doch für uns ein geläufiger Begriff.

Der Klassenkampf ist eine Ausdrucksform der antagonistischen Widersprüche der Produktionsweise der Klassengesellschaften. Die Gegensätzlichkeit der Klasseninteressen macht den Inhalt des Begriffes des Klassenkampfes aus. Dieser Kampf stellt die ständige offene und versteckte Auseinandersetzung zwischen antagonistischen Klassen dar. In letzter Instanz dreht er sich um das Eigentum an den Produktionsmitteln. Seine höchste Form, außer dem ökonomischen und dem ideologischen Kampf, ist der politische Kampf, der Kampf um die Macht. Die verschiedenen Formen des Eigentums, so hat es Marx beschrieben, sind die sozialen Existenzbedingungen dieser oder jener Klasse. Ein "ganzer Überbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkweisen und Lebensanschauungen" erhebt sich auf ihnen, die von der ganzen Klasse "aus ihren materiellen Grundlagen heraus und aus den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen" geschaffen werden.¹¹ Solange die verschiedenen Klassen mit ihren entgegengesetzten und sich widerstreitenden Interessen und sozialen Stellungen bestehen, solange wird auch der Klassenkampf nicht gelöscht werden können.

¹⁰ R. Hernstadt, "Über die Russen" und über uns, Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin 1948, S 7.

¹¹ MEW, Bd. 8, S. 139.

Von Marx' "Theorie der Klassen und des Klassenkampfes" sprechen wir wie von einer Selbstverständlichkeit, über die man nicht viele Worte verlieren muss.

→ Was verdanken wir eigentlich dieser Theorie? Worum geht es dabei?

An die Stelle des Subjektivismus in der Geschichtsbetrachtung, der das Individuelle nicht auf das Soziale zurückführen kann, trat die materialistische Geschichtsauffassung. Marx hat den Grundunterschied seiner Lehre des Klassenkampfes von der Lehre der tiefsten Denker der Bourgeoisie in dem berühmten Brief an seinen Freund und Kampfgefährten Joseph Weydemeyer vom 5. März 1852 mit den Worten zum Ausdruck gebracht:

"Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war
 (1.) *nachzuweisen, dass die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist;*
 (2.) *dass der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt;*
 (3.) *dass diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.*"¹²

Lenin, dem dieser Brief erst nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe von "Staat und Revolution" bekannt wurde, zog daraus die Schlussfolgerung:

*"Wer nur den Klassenkampf anerkennt, ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein-(und auch Groß-)Bourgeois. Das muß der Prüfstein für das wirkliche Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein."*¹³

Das Referat behandelt im Kapitel 6 besonders die Frage:

→ Wie gestaltet sich das Verhältnis der Macht ausübenden und Staat gewordenen Arbeiterklasse zur besiehten, entmachteten aber noch nicht vollständig vernichteten Klasse der Kapitalisten?

Es empfiehlt sich, für die Diskussion das Kapitel 11 des Referates "Die Klassenkampfsituation im Innern"¹⁴ mit heranzuziehen. Hier heißt es: *"Gibt es Kapitalisten, dann gibt es eine Kapitalistenklasse. Vom Grad ihrer Formierung hängt der Klassenkampf ab. Das Bild, dass damit im Sozialismus der Tiger zu reiten ist, trifft es wohl recht gut. Konkret heißt das, dass die Gefahr der Konterrevolution wohl nie beseitigt ist, solange es Privateigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise dessen Nachwirkung im Bewusstsein der Menschen gibt und solange der Kapitalismus/Imperialismus im Weltmaßstab Relevanz hat. Kapitalismus bringt Kapitalismus hervor. Darum werden wir es in dieser vermutlich recht langen Zeit damit zu tun haben, dass innerhalb der sozialistischen Gesellschaft auch kapitalistisches Bewusstsein entsteht und sich reproduziert. Dagegen ist der Klassenkampf von oben zu führen und wohl mit den Mitteln, wie wir sie auch kennen – also von Integration über ideologische Beeinflussung bis hin zu gesetzlicher Unterdrückung. Ich denke, aktuell gehören dazu Kampagnen gegen Korruption, wie wir sie in den verschiedenen Ländern des sozialistischen Aufbaus erleben. Dies alles ist äußerst riskant. Und das Risiko der Konterrevolution wird spätestens dann zur Realität, wenn dieses 'existierende Gift' auch den Kern, die Kommunistische Partei, befällt. Auch für deren*

12 MEW, Bd. 28, S. 507/508.

13 LW, Bd. 25, S. 424.

14 P. Köbele, Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution, Dokumente DKP, S. s. 14f.

Infizierung gibt es viele Wege – Illusionen in den Kapitalismus, Karrierismus, die Vernachlässigung der Weltanschauung – sowohl ihres Erlernens als auch ihrer Weiterentwicklung –, um nur einige zu nennen."¹⁵

Damit ist ein ganzes Bündel von Problemen für die Diskussion umrissen:

(1.) In Kapitel 5 wurde die Klasse der Genossenschaftsbauern behandelt. Zwischen ihr und der Arbeiterklasse kann es Widersprüche auch Differenzen geben, aber keinen Klassenkampf. Ihre Beziehungen sind grundsätzlich die von befreundeten Klassen, die durch die zwei Grundformen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln zusammengeschlossen sind. Der Klassenantagonismus im Innern als soziale Triebkraft der Entwicklung wird in der sozialistischen Gesellschaft aufgehoben. Nichtantagonistische Widersprüche der neuen Ordnung, die Lenin von Anfang an analysierte, werden bestimmend. Insofern gibt es nicht die vereinfachte Alternative von der Harmonie befreundeter Klassen und Schichten auf der einen, der Verschärfung des Klassenkampfes auf der anderen Seite.

(2.) Der Klassenkampf ist erst dann beendet, wenn der Kapitalismus im Weltmaßstab besiegt wurde und die Klassen abgeschafft sind. Aber er ändert seine Formen und wird mit teilweise anderen Mitteln geführt, was sich immer wieder bestätigt hat. Für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist das ohnehin klar. Hier, wo es darum geht, die alte Aneignungsweise durch die neue zu ersetzen, ist die Frage "Wer-Wen?" grundsätzlich zu entscheiden. Dominierend ist daher der Antagonismus zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Der Klassenkampf auch in seinen schärfsten Formen ist unvermeidlich. Besondere staatliche Organe mussten außer der Polizei geschaffen werden - in der DDR das Ministerium für Staatssicherheit. (W. Großmann, W. Schwanitz (Hrsg.), Fragen an das MfS, Auskünfte über eine Behörde, edition ost, Berlin 2010, S. 13 ff.)

Diktatur des Proletariats bedeutet "nicht die Beendigung des Klassenkampfes, sondern seine Fortführung in neuen Formen ... gegen die Bourgeoisie, die zwar besiegt, aber nicht vernichtet, nicht verschwunden ist, die nicht aufgehört hat, Widerstand zu leisten, gegen die Bourgeoisie, die ihren Widerstand verstärkt hat." (LW, Bd. 29, S. 369/370)

(3.) Das Referat geht im Kapitel 6 auf das Problem der Formierung noch existierender Kapitalisten zur selbstbewussten Klasse ein. Hierzu wird in Analogie zur Rolle der Arbeiterklasse im Kapitalismus die Frage der Integration von Teilen der Klasse in die Strategie der herrschenden Klasse und des Überganges von der "Klasse an sich" zur "Klasse für sich" aufgeworfen. Es empfiehlt sich an dieser Stelle das Wissen aufzufrischen, das mit der Bildungszeitung "Reaktionärer Staatsumbau" vermittelt wurde.

- Kann nun die Macht ausübende Arbeiterklasse mit den noch verbliebenen Kapitalisten hinsichtlich ihrer "Integration" ähnlich verfahren wie die Bourgeoisie mit ihr? Welche Möglichkeiten hat sie, um sich diese Kapitalisten friedlich unterzuordnen und ihre Organisation zu verhindern, sie in den Dienst des sozialistischen Aufbaues zu stellen?

Vorausgesetzt ist dabei immer, dass vor der Unterdrückung, der Überwachung der Kapitalisten und der ihnen folgenden bürgerlichen Intelligenz nicht zurückgeschreckt wird und diese auch wissen, dass auf die politische Enteignung unbedingt die ökonomische Enteignung folgt, wenn sie sich widersetzen.

Gerade Lenin hat sich in dieser Frage nie die Hände gebunden, wie sein Herangehen an den "Staatskapitalismus" zeigt. Scharfe Auseinandersetzungen gab es darüber mit den "linken Kommunisten". Als Zweck des

Staatskapitalismus als einer Wirtschaftsform, in der der proletarische Staat kapitalistische Elemente verschiedenster Art ausnutzt, um die sozialistische Wirtschaft aufzubauen, sah Lenin deren ökonomische Vorbereitung auf indirektem Wege. Es sei ein eigenartiger Staatskapitalismus, der sich von einem buchstäblich aufgefassten Staatskapitalismus dadurch unterscheidet, dass der proletarische Staat den Boden und die wichtigsten Teile der Industrie in den Händen halte, dass die Arbeiterklasse die ökonomische und politische Macht ausübt sowie die "Kommandohöhen" der Wirtschaft besetzt, weil sonst tatsächlich die alte Gesellschaftsordnung durch die Wiederbelebung der alten Elemente restauriert werden könnte. Lenin verstand unter "Staatskapitalismus" für die Zeit der Übergangsperiode und bedingt durch die ökonomische Notwendigkeit insbesondere Konzessionen an ausländische Kapitalisten, Genossenschaften der kleinen Warenproduzenten, Kommissionshändler und Verpachtung von Staatsbetrieben an Privatunternehmer.

"Das ist Staatskapitalismus. Die Sowjetmacht schließt einen Vertrag mit einem Kapitalisten. Laut Vertrag wird diesem eine gewisse Menge von Sachwerten überlassen: Rohstoffe, Bergwerke, Ölfelder, Erzlagerstätten oder, wie nach einem der letzten Konzessionsprojekte, sogar ein besonderer Betrieb (Konzessionsprojekt eines schwedischen Unternehmens zur Herstellung von Kugellagern). Die sozialistische Staatsmacht überlässt dem Kapitalisten die ihr gehörenden Produktionsmittel: Betriebe, Materialien, Bergwerke; der Kapitalist arbeitet als Kontrahent, als Pächter mit den sozialistischen Produktionsmitteln und zieht aus seinem Kapital Profit, während er dem sozialistischen Staat einen Teil der Erzeugnisse überlässt. Wozu brauchen wir das? Damit wir sofort eine größere Menge von Erzeugnissen erhalten; und das brauchen wir, aus eigener Kraft können wir das nicht zustande bringen. Und so ergibt sich der Staatskapitalismus. Ist er gefährlich für uns? Nein, denn wir werden bestimmen, in welchem Maße wir Konzessionen erteilen."¹⁶

Anknüpfend an Marx' Gedanken, dass es "...zulässig sei, die "Kapitalisten, gut zu bezahlen, sie auszukaufen, wenn (als Ausnahme: England war damals eine Ausnahme) die Umstände sich so gestalten, dass sie die Kapitalisten zwingen, sich friedlich zu fügen und in kultivierter, organisierter Weise, unter der Bedingung des Auskaufs, zum Sozialismus überzugehen"¹⁷, sah Lenin im Staatskapitalismus auch eine Form des differenzierten Herangehens an die Kapitalisten im Interesse eines leichteren Überganges zum Sozialismus. So sprach er davon, nachdem er alle Umstände geprüft hatte:

"...dass wir jetzt die Methoden schonungsloser Abrechnung mit den kulturell rückständigen Kapitalisten, die sich auf keinerlei 'Staatskapitalismus' einlassen, von keinem Kompromiss wissen wollen, die fortfahren, Maßnahmen der Sowjetmacht durch Spekulation, Korrumpierung der armen Bevölkerung usw. zu durchkreuzen, verbinden können und müssen mit den Methoden des Kompromisses oder des Auskaufs gegenüber den kulturell hochstehenden Kapitalisten, die für den 'Staatskapitalismus' zu haben und fähig sind, ihn durchzuführen, die dem Proletariat nützlich sind als kluge und erfahrene Organisatoren größter Betriebe, die wirklich Dutzende Millionen Menschen mit Produkten versorgen."¹⁸

→ Für alle diese und ähnliche Maßnahmen, mit denen immer wieder die Frage "Wer-Wen?" aufgeworfen wird, gilt:

"Der Festigkeit der proletarischen Staatsmacht kommt ... die entscheidende Bedeutung zu und damit – nach den geschichtlichen Erfahrungen – vor allem der Festigkeit der Kommunistischen Partei. Unter Umständen wird der Klassengegner seinen Hauptstoß gegen andere Teile der Staatsmacht richten – in der DDR war das vor allem das Ministerium für Staatssicherheit –, entscheidend für die Frage der proletarischen Staatsmacht ist aber die Funktion der Partei. Ist sie noch Avantgarde – oder hat sie irgendwann diese Rolle verloren?"¹⁹

16 LW, Bd. 32, S. 306.

17 LW, Bd. 32, S. 351.

18 LW, Bd. 32, S. 350/351.

19 P. Köbele, Probleme beim Aufbau des Sozialismus nach der proletarischen Revolution, Dokumente DKP, S. 11.

Hier geht es bereits um den theoretischen Gewinn, der insbesondere aus der schmerzlichen Niederlage des europäischen Sozialismus 1989/1990 zu ziehen ist.

„Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, dass sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft lag, dass sie sich scheuten, von ihren Schwächen zu sprechen.“²⁰

Dieses Urteil Lenins trifft unbedingt zu. Wir empfehlen euch bei der Diskussion dieser Frage einige Probleme (Thesen) und Erfahrungen zu erörtern, die sich konkret aus der Analyse der Situation nicht erst am Ende der DDR und nicht nur dort ergeben:

- Sozialismus auf reformistischem Wege ohne politische Machteroberung durch die organisierte Arbeiterklasse unter Führung einer marxistischen Partei ist nach aller geschichtlichen Erfahrung nicht möglich. "Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie."²¹
- Die SED stand im Zentrum des politischen Systems. Das war Verfassungsgrundsatz. Sie war also maßgeblich für dessen Stabilität verantwortlich. Ohne die SED hätte es die DDR nicht gegeben. Nachdem die SED beseitigt wurde, gab es auch keine DDR mehr. Der Verlust der führenden Rolle der Partei, ihrer Autorität, ihres Ansehens, damit der Verlust der politischen Führung durch die Arbeiterklasse und ihrer politischen Eigenständigkeit, begleitet von schwerwiegenden Defiziten der innerparteilichen Demokratie sowie die unrealistische und abgehobene Einschätzung der Situation im eigenen Land waren entscheidende innere Bedingungen für den Sieg der Konterrevolution. Es kam zu einer Vertrauenskrise zwischen politischer Führung und Bevölkerung. Die Streichung der führenden Rolle der Partei in der DDR-Verfassung markierte das Ende der DDR.
- Der Systemwettbewerb auf dem Gebiet der Ökonomie ging infolge von politischen und strategischen Fehlorientierungen der führenden Parteien sukzessive verloren. So entstand letztlich eine ausweglose Situation. Es zeigte sich, dass politische Stabilität nicht mit Unveränderlichkeit politischer Formen und Inhalte gleichzusetzen ist, sondern in der Fähigkeit der politischen Macht besteht, die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung ausgehend von den ökonomischen Notwendigkeiten zu sichern. "In keiner Gesellschaft haben staatliche Entscheidungen eine solche Kraft, ein solches Gewicht im Positiven wie auch im Negativen wie in der sozialistischen Gesellschaft."²²
- Der Staat als politische Institution, als Apparat der öffentlichen Gewalt, so sah es der Marxist Uwe-Jens Heuer, ist zwar im Sozialismus "nicht erwünscht, aber notwendig". Mehr denn je bewahrheitete sich Lenins Warnung gegen eine Isolierung der Partei durch die Abspaltung einzelner Intellektueller: "Nur der wird siegen und die Macht behaupten, der an das Volk glaubt, der bis auf den Grund der lebendigen Schöpferkraft des Volkes tauchen wird."²³ Es zeigte sich, dass die Frage der Demokratie im Sozialismus eine eigenständige, allein mit der Lösung der Eigentums- und der Machtfrage noch nicht hinreichend bewältigte Frage ist. Weiterhin zeigte sich, dass die Eigentumskonzeption des Sozialismus (Eigentümbewußtsein) untrennbar mit dieser Frage verbunden bleibt.

20 LW, Bd. 33, S. 297.

21 LW, Bd. 27, S. 418f.

22 U.-J. Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989, S. 419.

23 LW, Bd. 26, S. 283.